

Durchschnittliche Kinderzahl steigt an

WIESBADEN. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Deutschland ist im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Das geht aus der sogenannten zusammengefassten Geburtenziffer des Statistischen Bundesamtes hervor. Demnach haben Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren 2010 durchschnittlich 1,39 Kinder zur Welt gebracht. Im Jahr 2009 lag der Wert bei 1,36 und 2008 bei 1,38 Kindern. Als Grund für den Anstieg nannten die Statistiker unter anderem das Geburtenplus im vergangenen Jahr gegenüber 2009 von 13.000 Neugeborenen, das bei den Geburten von zweiten und dritten Kindern stärker ausfiel als bei Erstgeburten. Zudem sei die Zahl der gebärfähigen Frauen von 18,7 Millionen (2009) auf 18,4 Millionen (2010) zurückgegangen. (ms)

Nordrhein-Westfalen plant Integrationsgesetz

DÜSSELDORF. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in der vergangenen Woche den Entwurf für ein Integrationsgesetz vorgelegt. Demnach werden Ausländerorganisationen künftig finanziell stärker gefördert. Zudem soll langfristig in jedem der 346 Kreise eine „Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ entstehen. Dazu werde die rot-grüne Koalition mehr als 14 Millionen Euro bereitstellen. Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) sagte, angesichts der 4,3 Millionen ausländischer Menschen in Nordrhein-Westfalen übernehme das Land so eine Vorkierrolle in Deutschland. (ho)

Neuwahl der Woche

Sozialdemokratische Preistreiber

Von Marcus Schmidt



In Berlin geht ein Gespenst um, dessen Name von den politischen Akteuren höchst ungern in den Mund genommen wird. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles war Anfang der Woche die erste namhafte Politikerin, die sich ein Herz für das Tabuwort offen aussprach: Wenn die Koalition an der Euro-Krise zerbräche, müsse es Neuwahlen geben, sagte sie dem Handelsblatt.

Doch natürlich meinte Nahles nicht, was sie sagte. Schließlich wäre die Koalition an der Schulden- und Währungsfrage zerbräche und die FDP der Union von der Fahne gehen würde. Dann könnte die SPD den Preis für eine Rettung der Kanzlerin durch eine Neuaufgabe der Großen Koalition nach Belieben bestimmen. Da macht es sich gut, schon jetzt ein bißchen mit dem Gespenst zu drohen.



Kinder in schlesischen Trachten bei einem Vertriebenentreffen: Auf dem Weg zum Traditionsverein?

BERND KNAPSTEIN

Der auf das Vereinswesen gemünzte Grundsatz, daß eine Organisation stets so langweilig ist, wie ihre Jugendarbeit gut ist, spiegelt nur bedingt die Realität in den Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen wider. Ein wesentlicher Grund dafür ist das generationsbedingt unterschiedliche Empfinden von Heimat. Rund 65 Jahre nach dem erzwungenen Exodus der Deutschen aus Ostmitteleuropa ist der nachwachsenden Generation der eigene Vertriebenenstatus nur noch schwer vermittelbar. Das ist neben dem Verlust des privaten Besitzes und der landsmannschaftlichen Dialekte einer der Gründe der gelungenen Integration der deutschen Heimatvertriebenen in die restdeutsche Gesellschaft nach 1945.

Die politische Debatte um das Recht auf die Heimat ist dennoch nicht abgeschlossen. Das Bewußtsein um die eigenen Wurzeln ist dafür noch zu ausgeprägt, die Schilderung der Heimat von einst noch zu nah und Vertriebenen in der jüngeren Vergangenheit zu gegenwärtig. Für die Jugendverbände im Bund der Vertriebenen (BdV) war die Frage nach dem Ob und dem Wie einer Rückkehr auf den heimatischen Boden zum Teil bis in die neunziger Jahre hinein nicht frei von Konflikten. Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 und der damit verbundenen Freizügigkeit wird diese Frage allerdings kaum noch bei der ostdeutschen Jugend diskutiert. Die ferne Heimat ist heute eher eine Frage von Traditionspflege im Sinne von Erinnerungskultur und wird als gelebtes Bewahren des kulturellen Erbes begriffen. Dennoch beschäftigen vertriebenenpolitische Fragen noch heute den BdV-Nachwuchs. Das belegen Schriften, Tagungsinhalte und öffentliche Verlautbarungen der Jugendorganisationen.

So thematisiert der Bund Junger Ostpreußen (BJO) in seinem Magazin *Früh* 1/2011 die sich aus dem Zensus

2011 ergebenden Herausforderungen für das eigene Bekenntnis. Stefan Hein, der Bundesvorsitzende der jungen Ostpreußen, greift Frage 17 des Zensus und die Frage nach dem eigenen „Migrationshintergrund nach 1955“ auf. Die fehlende Differenzierung zwischen nichtdeutschen Migranten und deutschen Heimatvertriebenen bereitet aus Sicht des BJO den deutschen Behörden auch heute noch Probleme. In den Jahren zuvor hatte der rund 500 Mitglieder zählende Jugendverband die Praxis zahlreicher Ordnungsämter kritisiert, die erwa bei aus Königsberg stammenden Vertriebenen als Geburtsort für das Jahr 1938, „Kaliningrad RU“ oder ähnlichen Unsinn in den Pässen dokumentiert hatten.

Trotz solcher Solidaritätsbeweise bleibt der Generationenwechsel nicht frei von politischen Spannungen und Brüchen. Die Frage, ob man sich selbst als Entrechteter, als Heimatvertriebenen nach so langer Zeit empfinden darf und kann und welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind, haben verschiedene Verbände in den vergangenen 20 Jahren nicht immer im Sinne ihrer Landsmannschaften entschieden. So hat sich die Landsmannschaft Ostpreußen in den Jahren 1991 und 2000 gleich zweimal von ihrer Jugendorganisation

getrennt, weil die Jugend diese Fragen zu einem großen Teil deutlich anders als die Mutterorganisation beantwortet hatte. Die Schlesier haben einen ähnlichen Bruch just in diesem Jahr mit ihrer Schlesischen Jugend schmerzhaft vollziehen müssen (JF 27/11). In anderen Landsmannschaften ist die Jugendarbeit aus Mangel an heimatpolitischem Bekenntnis oder aufgrund mangelhafter Angebote für den eigenen Nachwuchs komplett weggefallen. Für Oberschlesien gilt allerdings die Sondersituation, daß die Volksgruppe in der Heimat noch so stark ist, daß die Heimatvertriebenen von größerer Bedeutung sind als der vertriebene Anteil.

Peter Maffay und Helene Fischer als Vorbilder

Eine andere Situation gilt für die Sudetendeutsche Jugend (SDJ), da die Sudeten als vierter bayerischer Volksstamm integriert sind. Die SDJ ist zwischen Mitt- und Alpen ein fester kultureller Faktor. Sie hat ihre 60jährige Existenz deshalb ganz selbstbewußt unter Einbeziehung des Ministerpräsidenten feiern können. Man zeigt sich weltoffen und europäisch. So stellt sich das aktuelle SDJ-Logo als im europäischen Sternenkranz gleitende Möwe dar, deren

Schwingen die Farben der deutschen und der tschechischen Nation zeigen.

Ähnlich kosmopolitisch sieht sich der Nachwuchs der Deutschen aus Rußland. Vor dem Hintergrund der massenhaften Spätaussiedlung aus den GUS-Staaten in den vergangenen zwei Dekaden kommt integrationspolitisch dem 2008 gegründeten Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Rußland (JSDR) eine besondere Bedeutung zu. Der rund 1.000 Mitglieder starken Organisation geht es nicht um klassische BdV-Politik, sondern neben der Pflege des kulturellen Erbes um Integration durch Spiel und Sport. Man wolle den Integrationswilligen Perspektiven aufzeigen, erklärt ein Verbandsmitarbeiter. Ähnliches gilt für die rund 70 Kinder-, Jugend- und Volkstanzgruppen der Siebenbürgisch-Sächsischen Jugend in Deutschland (SJD). Für Orientierung sorgen in solchen Verbänden heute Idole gleicher Herkunft wie Peter Maffay oder Helene Fischer. Deren Erfolg steht für Integration und für landsmannschaftlichen Stolz.

Zweck der Jugendverbände war einst die Integration des Nachwuchses in die landsmannschaftlichen Strukturen und die Sicherung der Kontinuität als Schicksalsgemeinschaft. Dieses Ansinnen, so muß man konstatieren, ist gescheitert. Das mußte es wohl auch, um der Jugend eine eigene Perspektive zu ermöglichen. Der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 verbrieft Verzicht auf Rache findet hier, in der strukturellen Auflösung des BdV, sein Finale. Heute können nachwachsende Ostpreußen Kölsch oder schnaekn niedersächsisches Platt, während die sudetendeutsche Jugend ganz bairisch gantelt. Der staatliche und kulturelle Verlust, den die Deutschen nach 1945 in Europa hinnehmen mußten, ist immens, und er ist nicht mehr umkehrbar. Was bleiben wird, das sind Traditionsvereine, die sich um die Bewahrung des kulturhistorischen Erbes der Deutschen aus Ostmitteleuropa und um den Schutz verbliebener Minderheiten in den Heimatgebieten sowie als Mahner vor neuen Vertriebenen bemühen.

Nachwuchsarbeit

Genau wie der Bund der Vertriebenen insgesamt sind auch die Jugendorganisationen der Vertriebenen nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten organisiert.

Zu den aktivsten Organisationen gehört die **Siebenbürgisch-Sächsische Jugend in Deutschland**, die enge Kontakte zu den in der alten Heimat vertriebenen Landsleuten pflegt (www.siebenbuergen.de/sjd). Gleiches gilt für den 2008 gegründeten **rührigen Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Rußland** (www.jsdr.de).

Politisch sehr aktiv ist der **Jugendabender der Sudetendeutschen**, die **Sudetendeutsche Jugend** (www.sdj-online.de). Eine weltweite Geschichte hat die Nachwuchsorganisation der Ostpreußen, **Bund Junger Ostpreußen** (www.ostpreussen-info.de), deren Vorgängerorganisationen bereits zweimal von der Landsmannschaft ausgeschlossen worden waren. Ähnlich erging es Anfang des Jahres der **Schlesischen Jugend** (www.schlesische-jugend.de), dessen Bundesverband von der Landsmannschaft Schlesien suspendiert wurde.

Der freundliche Herr K.

Berlin: Kretschmann läßt Künst alt aussehen

MARCUS SCHMIDT

Er ist das, was sie noch werden möchte. Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Friedrich Kretschmann nutzte in der vergangenen Woche die Präsentation seiner 100-Tages-Bilanz als Regierungschef, um seiner Parteifreundin Renate Künast Hilfe für den Berliner Wahlkampf zu geben. So war der Auftritt vor der Bundespressekonferenz vermutlich von den Wahlkampfstrategen geplant worden. Am Ende sah die daerschlechtere Künast neben dem tiefenentspannten ersten grünen Ministerpräsidenten allerdings ziemlich alt aus.

Der Blick auf die Umfragen macht Künasts Dünnhäutigkeit verständlich. Während die Grünen in Baden-Württemberg trotz des nervtötenden Dauerstreits um das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 im Vergleich zum Wahlergebnis sogar noch zugelegt haben, werden die Grünen ausgerechnet zu Beginn der heißen Wahlkampfphase in der Hauptstadt nach hinten durchgereicht. Als Künast im vergangenen Herbst ihre lange erwartete Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters verkündete, lag ihre Partei zeitweise vor der SPD auf Platz eins. Nun liegt sie mit 22 Prozent noch hinter der CDU (23 Prozent) und nicht einmal mehr in Sichtweite der Wowerrei-Partei (31 Prozent). „Ich hätte gerne bessere Umfragen“, versuchte Künast den Abstieg in den Umfragen vom Tisch zu wischen.

Wenn es um das grüne Tafelsilber geht, verstet auch Kretschmann keinen Spaß.

Dabei hat sich Künast so viel vorgenommen: Berlin soll nach ihrem Willen zu einer „Mitsprache-stadt“ werden, in der die Bürger bei allen wichtigen Entscheidungen mitreden dürfen. Das klingt sehr nach der vielbeschworenen „Politik des Gehörtwerdens“, die Kretschmann für seine Landesregierung in Anspruch nimmt.

Dieses Versprechen der Politik an die Bürger scheint indes ihre Grenzen zu finden, wenn es um das grüne Tafelsilber geht – etwa die Windenergie. Diese soll nach dem Willen der grün-roten Landesregierung kräftig ausgebaut werden, da sie von der CDU vernachlässigt worden sei. Als Kretschmann auf Berichte angesprochen wird, daß dafür auch die Einspruchsrechte der betroffenen Bürger eingeschränkt werden könnten, reagiert er für seine Verhältnisse äußerst unwirsch. Dabei wurde deutlich: Die Windräder werden gebaut – ob es den Betroffenen paßt oder nicht. Wenn es um grüne Glaubenssätze geht, verliert selbst der freundliche Herr Kretschmann seine gute Laune.



Erste gemeinsame Redaktionssitzung auf einer Schwarzwaldhütte im Frühjahr 1987, links Dieter Stein

„In einer pluralistischen Gesellschaft definiert sich der Einfluß einer Gruppierung nicht allein und vielleicht nicht einmal zuerst durch ihren sichtbaren Anteil an der politischen Macht. Worauf es ankommt, das ist zunächst die Besetzung von Feldern im vorpolitischen Raum: Nur eine vitale Subkultur garantiert längerfristig die Durchsetzung eigener Zielvorstellungen.“

Das Problem für die Konservativen besteht nun darin, daß sich eine solche Subkultur nicht 'machen' läßt. Man hat hier von Hause aus Probleme mit dem Spontanen und dem Improvisierten. Und nicht zuletzt deshalb gibt es eben kein richtiges Straßentheater, keine konservativen Liedermacher, kaum nationale Buchläden und eben nicht jenen Wald von Blättern und Blätchen, der der linken und alternativen Szene zur Verfügung steht, um Informationen und Lebensgefühl durch ein ganzes Kapillarsystem sickern zu lassen.

Angesichts dieses Defizits ist das Erscheinen einer solchen Zeitschrift wie der JUNGEN FREIHEIT besonders erfreulich.“

Karlheinz Weißmann,
in: CRITICÓN, Januar/Februar 1988

Das Buch zum Jubiläum
25 Jahre JUNGE FREIHEIT – Der Freiheit eine Gasse!
Eine deutsche Zeitungsgeschichte

356 Seiten, gebunden im Großformat, durchgehend farbige und s/w-Abbildungen, 29 EUR, ISBN 978-3-929886-36-8

Aus dem Inhalt: Abenteuer Meinungsfreiheit; Geschichte der konservativen Publizistik seit 1945; Werdegang der Jungen Freiheit; Interview mit Dieter Stein; Chronologie der Angriffe auf die JF; die Redaktion; Autorenporträts ... und vieles andere mehr

EDITION JF

Zu bestellen unter:
Telefon 030-86 49 53 52
www.jf-buchdienst.de

